

SEXUELLE GESUNDHEIT

Definition und Positionierung der Deutschen STI-Gesellschaft (DSTIG)

Stand: Februar 2012

Die Deutsche STI-Gesellschaft („STI“ steht für sexuell übertragbare Infektionen und geht auf den international gebräuchlichen Terminus „Sexually Transmitted Infections“ zurück) ist eine medizinische Fachgesellschaft, deren Mitglieder sich folgende Aufgaben gestellt haben

- die sexuelle Gesundheit in ganzheitlicher Betrachtung zu fördern,
- zu bestmöglicher medizinischer und psychosozialer Betreuung Ratsuchender und von sexuell übertragbaren Infektionen Betroffener beizutragen,
- aktiv an einer optimalen Prävention sexuell übertragbarer Infektionen in der Einheit von Verhältnis- und Verhaltensprävention beizutragen.

Die Definitionen der Weltgesundheitsorganisation (WHO 2002/2006/2010) und der World Association for Sexual Health (WAS) werden von der DSTIG anerkannt. Das vorliegende Papier fasst das Verständnis und die Position der DSTIG zur sexuellen Gesundheit zusammen und entwickelt darauf basierend ihre Definition.

Unser Verständnis von „sexueller Gesundheit“

Die Sexualität jedes Menschen ist ein **Schlüsselement** für die eigene Identität. Sexualität ist eine zentrale Lebensäußerung, Ausdruck erfüllten Lebens und Grundbestandteil der Gesundheit in einem umfassenden Sinn. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität und der offene Umgang mit dem Thema Sexualität sind Grundlage für die individuelle sexuelle Gesundheit.

Sexuelle Gesundheit umfasst den Status sexueller Zufriedenheit, sexueller Erfüllung, sexueller Bildung und vieler weiterer Faktoren. Sie definiert sich nicht durch die bloße Abwesenheit von Infektionen, Erkrankungen, sexuellen Störungen oder sexueller Gewalt. Für sexuelle Gesundheit sind vielmehr **ein Spektrum und die Ausgewogenheit geistiger, psychosozialer, gesellschaftlicher und gesundheitlicher Faktoren** ausschlaggebend. STI sind in diesem Sinne ein Teilaspekt sexueller Gesundheit.

Sexuelle Bildung ist eine besonders wichtige Aufgabe zur Förderung der sexuellen Gesundheit. Nur wer Zugang zu Informationen hat, kennt seine Rechte und seine Verantwortung. Und nur wer weiß, wo Hilfe zu finden ist, kann die verfügbare medizinische oder psychosoziale Beratung und Versorgung in Anspruch nehmen. Dieses Wissen ist auch Voraussetzung, um sich bewusst präventiv zu verhalten, Missstände, Probleme, Infektionsrisiken oder auch Zeichen einer Erkrankung zu erkennen sowie Beratungs- und Behandlungsangebote zu finden und wahrzunehmen. Der Zugang zu sexueller Bildung, Beratung und Behandlung ist elementare Voraussetzung für die sexuelle Gesundheit, beispielsweise um Erkrankungen oder ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

Prävention ist von entscheidender Bedeutung, um mögliche Störungen und Schädigungen der sexuellen Gesundheit zu vermeiden oder abzuwenden. Zum einen wird individuell ein präventives und verantwortungsvolles Verhalten angestrebt, das zur allgemeinen Gesundheitsförderung beiträgt und zugleich Ausdruck positiver Lebenseinstellungen ist (Verhaltensprävention). Zum anderen sind gesellschaftliche und soziale Bedingungen, unter

denen es lohnend und möglich ist, die sexuelle Gesundheit zu schützen und lusterfüllt zu leben (Verhältnisprävention), notwendige Voraussetzung, um sich selbst und andere zu schützen (Verhältnisprävention). Es ist Aufgabe von Gesellschaft und der Politik, hierfür die rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Stigmatisierung und Ausgrenzung ist entscheidend entgegenzuwirken, hier ist auch jede/r Einzelne gefragt.

Unsere Standpunkte und Forderungen

Die DSTIG hat sich die Förderung der sexuellen Gesundheit zum Ziel gesetzt und vertritt dabei eine ganzheitliche Sichtweise auf die Menschen und ihre Gesundheit. Sie postuliert die Achtung der sexuellen Gesundheit als ein **Menschenrecht**, das Recht auf freie Gestaltung der Sexualität, auf Schutz vor sexueller Gewalt und Einhaltung aller Rechte.

Die DSTIG entwickelt verbindliche Standards für Indikatoren sexueller Gesundheit, für STI-Prävention sowie für STI-Beratung, -Diagnostik und -Therapie. Die DSTIG betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, gemeinsam mit anderen Fachgesellschaften zur Prävention, Beratung, Diagnostik, Behandlung und Therapie von STI entsprechend den wissenschaftlichen Standards ("AWMF- Vorgaben") stets aktualisierte Leitlinien zu erarbeiten.

Die DSTIG setzt sich für **gesicherte Zugänge** zu Angeboten zu sexueller und reproduktiver Gesundheit ein und sieht dies als öffentliche Aufgabe. Gleichermaßen gilt für die **sexuelle Bildung Jugendlicher und Erwachsener** durch unterschiedliche Maßnahmen, wie beispielsweise die Förderung der Sexukunde an Schulen, eine liberale Sexualerziehung sowie Angebote für Menschen mit sozial und kulturell unterschiedlich geprägten Bedürfnissen.

Die DSTIG setzt sich für eine **Verbesserung der Prävention** durch verständliche, leicht zugängliche Informationen ein, die lebensweltnah und akzeptierend vermittelt werden. Grundsätzliche Werte und Rechte wie Freiheit und Verantwortung, Akzeptanz von Vielfalt und der Schutz für vulnerable Personen müssen gewährleistet sein.

Die DSTIG lehnt es ab, Angebote zu sexuell übertragbaren Infektionen auf einzelne Erreger einzuzgrenzen oder Diskurse zur sexuellen Gesundheit auf bestimmte Identitäten und Zielgruppen zu beschränken.

Besonderer Handlungsbedarf

1. Problematisch ist die **Datenlage** zu STI in Deutschland, denn nur zu sehr wenigen Aspekten der sexuellen Gesundheit existieren aussagekräftige und wissenschaftlich fundierte Daten. Bezogen auf STI können in Deutschland nur zur Epidemiologie von HIV und Syphilis gesicherte Aussagen getroffen werden, für alle anderen STI fehlt eine bundesweit einheitliche Dokumentation. Einheitliche Qualitätsstandards können nur auf der Grundlage validierter Daten entwickelt werden. Deshalb fordert die DSTIG, die Datenerfassung und Surveillance für alle STI zu optimieren, wobei überholte namentliche Meldepflichten abzuschaffen sind.

2. Für die Förderung der sexuellen Gesundheit in Deutschland ist die **ärztliche Kompetenz** in den Bereichen Beratung, Untersuchung und Behandlung in Schulungsangeboten auf der Grundlage **zertifizierter Curricula** zu stärken und zu verbessern. Besonderen Wert hat dabei das Erlangen **umfassender Kompetenzen** der Behandler/innen zu medizinischen, psychosozialen und psychologischen Aspekten. Eine offene, nicht-wertende Haltung zu

unterschiedlichen (sexuellen) Lebensstilen ist Voraussetzung, um ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem/der Behandler/in und dem/der Patient/in zu erreichen. Hierbei spielt die **Gesprächskompetenz** zu Sexualität eine entscheidende Rolle.

Basis einer jeden Behandlung ist eine **angemessene Sexualanamnese**, deren Ergebnisse für die Förderung der sexuellen Gesundheit berücksichtigt werden. Ein weiteres Ziel ist die **Verbesserung des Impfschutzes** bei impfpräventablen STI.

Beratungsleistungen zur Förderung der sexuellen Gesundheit müssen angemessen **honoriert werden**. Nur dann können Patientinnen und Patienten ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend beraten und behandelt werden.

3. Vorurteile, Stigmatisierung und Scham belasten in unserer Gesellschaft die Entwicklung sexueller Gesundheit. Diese Hemmnisse müssen durch lebenslange Bildung und Aufklärung abgebaut werden. Auch muss wegen dieser Hemmnisse die Versorgung besonders **einfach zugänglich und zeitnah** angeboten werden. Hier dürfen **keine Unterschiede** zwischen gesetzlich oder privat versicherten sowie unversicherten Personen bestehen. Hierzu zählt auch eine flächendeckende **anonyme STI-Versorgung**, wie sie durch den öffentlichen Gesundheitsdienst bereits punktuell angeboten wird. In allen Versorgungseinrichtungen zu STI muss den Bedürfnissen von jungen Menschen und besonders vulnerablen Personen entsprochen werden. Die in England erfolgreichen **Zentren für sexuelle Gesundheit** („centres for sexual health /GUM Centres“) können ein Modell für Deutschland sein. Sie bieten eine niedrigschwellige Versorgungsstruktur, die sexuelle Gesundheit für alle Teile der Bevölkerung als öffentliche Aufgabe wahrnimmt und Patientinnen und Patienten umfassend und an einem Ort versorgt. Die **Zentren für sexuelle Gesundheit sollten mit anderen Versorgungseinrichtungen zusammen** arbeiten. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt und angemessen ausgestattet werden, damit er seine Aufgaben wahrnehmen und erfüllen kann.

Um diese Ziele zu erreichen, setzt die DSTIG auf **politische Unterstützung**. Die Verankerung des Themas „sexuelle Gesundheit“ in der politischen Agenda ist dringend geboten. Auch strukturelle Defizite müssen angegangen und behoben werden, beispielsweise die historisch begründete Trennung von HIV und anderen STI in der öffentlichen Verwaltung.

Eine effiziente Vernetzung aller Anbieter und eine gemeinsame organisatorische Gestaltung von Versorgungsangeboten sind anzustreben und zu fördern, **um die sexuelle Gesundheit in Deutschland maßgeblich zu verbessern**.